

DBfK Nordwest e.V. · Bödekerstraße 56 · 30161 Hannover

An

Jan Kürschner
Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtags

– Per E-Mail –

DBfK Nordwest e.V.Geschäftsstelle
Bödekerstraße 56
30161 HannoverRegionalvertretung Nord
Am Hochkamp 14
23611 Bad SchwartauRegionalvertretung West
Beethovenstraße 32
45128 EssenZentral erreichbar
T +49 511 696844-0
F +49 511 696844-299nordwest@dbfk.de
www.dbfk.deDatum
18.02.2024Seite
1 / 1**Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus
Bericht der Landesregierung – Drucksache 20/1319**

Sehr geehrter Herr Kürschner,

der DBfK Nordwest bedankt sich für die Gelegenheit der Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist der größte Berufsverband in Deutschland für Pflegefachpersonen und Pflegehilfspersonen. Zu unseren Aktivitäten gehört die Mitwirkung bei der politischen Willensbildung, die Beratung unserer Mitglieder in allen beruflichen Belangen, die Weiterentwicklung der Pflege und die Fort- und Weiterbildung für beruflich Pflegende. Aufgrund unserer Zuständigkeit für den Bereich Pflege als Teil der Gesundheitsversorgung liegt unser besonderer Fokus der Stellungnahme auf den Berichtsteilen 2.4 (Gesundheit) sowie 2.5 (pflegeberufliche Bildung). Die Maßnahmen des Sozialministeriums (Berichtsteil 2.11) sind ausschließlich auf den Kita-Bereich ausgerichtet, für den wir keine fachliche Bewertung abgeben können. Allerdings halten wir es für geboten, dass auch das Sozialministerium Verantwortung für die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsversorgung und insbesondere auch im Bereich der Langzeitpflege übernimmt.

Unsere ausführliche Stellungnahme finden Sie anliegend.

Mit freundlichen Grüßen

Swantje Seismann-Petersen

Stellvertretende Vorsitzende des DBfK Nordwest e. V.

Stellungnahme des DBfK Nordwest e.V.

zum Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus

Vorbemerkung

Der DBfK Nordwest begrüßt den Landesaktionsplan gegen Rassismus insgesamt. Als Berufsverband für Angehörige des Heilberufes Pflege fühlen wir uns den Grundsätzen des ICN-Ethikkodex verpflichtet, der die Achtung der Menschenrechte und kulturellen Rechte ohne Wertung von Alter, Hautfarbe, Glauben, Kultur, Behinderung und Krankheit, Geschlecht, sexueller Orientierung, Nationalität, politischer Einstellung, ethnischer Zugehörigkeit und sozialem Status als untrennbar von pflegerischer Berufsausübung betrachtet.

Insgesamt spiegelt der Bericht der Landesregierung wider, dass der Rassismusbekämpfung eine geringe Priorität beigemessen wird. Dies zeigt sich zum einen darin, dass viele Maßnahmen des Landesaktionsplans bisher nicht umgesetzt wurden. Es zeigt sich aber auch darin, dass schon im Landesaktionsplan selbst versäumt wurde, wesentliche Handlungsbedarfe zu adressieren, z. B. die berufliche Bildung – insbesondere im Bereich der Gesundheitsfachberufe – sowie die Prävention im Bereich des Gesundheitswesens und der Langzeitpflege. Uns verwundert, dass sich keine Hinweise auf explizite Projekte zur Rassismusprävention im Zusammenhang mit dem landeseigenen UKSH finden.

Zu den Berichtsteilen im Einzelnen:

Berichtsteil 2.4 (MJG)

Die Maßnahme „Aufgriff des Themas *Gesundheit und Rassismus*“ wurde bisher nicht ansatzweise bearbeitet. Dies steht in einem auffälligen Widerspruch zu der Aussage, die Landesregierung erkenne die Wichtigkeit des Themas an. Der Hinweis im Landesaktionsplan, dass die wissenschaftlichen Studien zu diesem Thema vorwiegend aus den USA stammen und Erkenntnisse aus dem deutschsprachigen Raum vorwiegend auf Berichten Betroffener basieren, zeigt, dass dieses Thema in Deutschland – und auch in Schleswig-Holstein – sträflich vernachlässigt wurde. Medizinisches und pflegerisches Personal muss kontinuierlich und gezielt darin geschult werden, einer rassistischen Diskriminierung entgegenzuwirken. Wenn Studien aus den USA belegen, dass bei „People of Color“ die Schmerzen bei einer metastasierenden Krebserkrankung um 47% als zu gering eingeschätzt wurden und sie im Schnitt 10% weniger Schmerzmedikamente erhielten als andere Patient:innen, dann sollte dies für uns ein Signal sein, in unserem Gesundheitswesen einen Blick auf die Gefahr einer solchen Diskriminierung zu richten. Wir möchten betonen, dass es uns an dieser Stelle nicht um ideologischen Rassismus geht, sondern um die Sensibilisierung für ungewollte Diskriminierung und um einen Bildungsauftrag, der bisher nicht ausgefüllt wird. Ob in einem Ressort die Kapazitäten für die Bearbeitung eines so wichtigen Themas vorhanden sind, gibt Aufschluss über die Priorität, die diesem Thema von der Hausleitung

beigemessen wird. Insofern ist der Berichtsteil 2.4 enttäuschend. Wir erwarten, dass das Thema unverzüglich angegangen wird und bieten ausdrücklich unsere fachliche Unterstützung an.

Berichtsteil 2.5 (MBWFK)

Die im Berichtsteil beschriebenen Maßnahmen zielen vor allem auf die frühe Bildung/Allgemeinbildung ab. Dem IQSH wird dabei eine herausragende Rolle in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer:innen und in der Aufbereitung von Lehrmaterialien zugeschrieben. Dies befürworten wir, da die Rassismusprävention bereits in der frühen Lebensphase ansetzen muss. Wünschenswert wäre aus unserer Sicht aber auch ein Aufgreifen des Themas im Rahmen der beruflichen Bildung und eine entsprechende Sensibilisierung und Schulung der für die berufliche Bildung Verantwortlichen sowie eine Entwicklung von Arbeitshilfen/Lehrmaterialien. Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, ob auch die beruflichen Schulen und Pflegeschulen in das Gewalt- und Rassismusmonitoring eingebunden sind und ob auch das SHIBB als dem MBWFK nachgeordnete und für die beruflichen Schulen verantwortliche Behörde eine Rolle im Rahmen der Rassismusprävention zugeschrieben wird. Der hohe Fachkräftemangel im Gesundheitswesen hat in den letzten Jahren zu einer gestiegenen Anwerbung von u.a. Pflegepersonal aus dem Ausland geführt, die in deutschen Pflegeschulen Anpassungslehrgänge durchlaufen. Ferner sind durch Flucht und Migration auch die Ausbildungsklassen an den Pflegeschulen heterogener geworden. Demzufolge sehen wir eine Ausweitung der Präventions- und Aufklärungsarbeit auf die berufliche und insbesondere pflegeberufliche Bildung als dringend geboten.

Berichtsteil 2.11 (MSJFSIG)

Es ist zu begrüßen, dass der Landesaktionsplan Maßnahmen zur Sensibilisierung von Fachkräften und Trägern im Kita-Bereich vorsieht. Allerdings zeigt der Bericht der Landesregierung, dass nur ein Bruchteil davon umgesetzt wird. Wir hinterfragen somit, ob dem Thema die gebotene Priorität eingeräumt wird.

Wir sind erstaunt, dass dem MSJFSIG im Hinblick auf Rassismusprävention ausschließlich Maßnahmen im Kita-Bereich zugeordnet werden. In Bezug auf die Maßnahme „Aufgriff des Themas *Gesundheit und Rassismus*“ sehen wir auch *das* MSJFSIG in der Pflicht. Zum einen sind auch Einrichtungen, die in die Zuständigkeit dieses Ressorts fallen, Stätten der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen. Zum anderen ist es Aufgabe der Landesregierung, Maßnahmen gegen Rassismus im Bereich der Langzeitpflege zu planen und umzusetzen. Wie in allen anderen Settings des Gesundheits- und Pflegewesens gehören Erfahrungen mit Rassismus auch in der Langzeitpflege zum Alltag – sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Leistungsempfänger:innen. Es ist somit dringend erforderlich, dass in Pflegeeinrichtungen und auch in der Fort- und Weiterbildung insbesondere von Leitungspersonal für Werte in Hinblick auf Diversität sensibilisiert wird und Präventionskonzepte entwickelt und implementiert werden. Trägerübergreifende Workshops und Fortbildungen, wie sie für den Kita-Bereich geplant sind, sollten auch für den Bereich der Langzeitpflege durchgeführt werden.

Bad Schwartau, 18.02.2024

Swantje Seismann-Petersen
Stellvertretende Vorsitzende

Patricia Drube
Referentin für Langzeitpflege

Literatur

Hoffman KM, Trawalter S, Axt JR, Oliver MN. Racial bias in pain assessment and treatment recommendations, and false beliefs about biological differences between blacks and whites. Proc Natl Acad Sci U S A. 2016 Apr 19;113(16):4296-301. doi: 10.1073/pnas.1516047113. Epub 2016 Apr 4. PMID: 27044069; PMCID: PMC4843483.

Solmaz Golsabahi-Broclawski. Rassismus im medizinischen Alltag und in der Lehre, Impulse für Gesundheitsförderung 2021, 110:8

<https://www.bibliomed-pflege.de/news/philippinische-pflegekraefte-oft-mit-rassismus-konfrontiert>
(abgerufen 15.02.2024 12:23 Uhr)